

Michael Ghanem

AKK

Nein Danke!

2010 - 2018

Die Bilanz des Saarlands

unter Annegret

Kramp-Karrenbauer

Dieses Buch ist allen Mahnern und einsamen Rufern gewidmet, denen das Wohlergehen unserer Gesellschaft am Herzen liegt. Jeder kritische Geist ist einsam und gehört zu einer Minderheit. Die Minderheit von heute kann jedoch die Mehrheit von morgen sein.

Dieses Buch ist auch meiner Frau Marlene gewidmet für ihre kritischen und klugen Ratschläge die mich mein Leben begleitet haben und die mir stets eine gute Ratgeberin war.

Bonn, im März 2019

Michael Ghanem

„Die Gedanken sind frei“

AKK

Nein Danke!

2010- 2018

Die Bilanz des Saarlands

unter Annegret

Kramp-Karrenbauer

© 2019 Michael Ghanem

Verlag: tredition GmbH, Hamburg

ISBN

978-3-7482-4834-7 (Paperback)

978-3-7482-4835-4 (Hardcover)

978-3-7482-4836-1 (e-Book)

Verlag und Druck: tredition GmbH, Halenreihe 40-44, 22359 Hamburg

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages und des Autors unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.

Michael Ghanem

<https://michael-ghanem.de/>

Über den Autor:

Jahrgang 1949, Studium zum Wirtschaftsingenieur, Studium der Volkswirtschaft, Soziologie, Politikwissenschaft, Philosophie und Ethik, arbeitete viele Jahre bei einer internationalen Organisation, davon fünf Jahre weltweit in Wasserprojekten, sowie einer europäischen Organisation und in mehreren internationalen Beratungsunternehmen.

Er ist Autor von mehreren Werken, u.a.

„Ich denke oft.... an die Rue du Docteur Gustave Rioblanco – Versunkene Insel der Toleranz“

„Ansätze zu einer Antifragilitäts-Ökonomie“

„2005-2018 Deutschlands verlorene 13 Jahre Teil 1: Angela Merkel – Eine Zwischenbilanz“

„2005-2018 Deutschlands verlorene 13 Jahre Teil 2: Politisches System – Quo vadis?“

„2005-2018 Deutschlands verlorene 13 Jahre Teil 3: Gesellschaft - Bilanz und Ausblick

„2005-2018 Deutschlands verlorene 13 Jahre Teil 4: Deutsche Wirtschaft- Quo vadis?“

„2005-2018 Deutschlands verlorene 13 Jahre Teil 5: Innere Sicherheit- Quo vadis?“

„2005-2018 Deutschlands verlorene 13 Jahre Teil 6: Justiz- Quo vadis?“

„Eine Chance für die Demokratie“

„Deutsche Identität – Quo vadis?“

„Sprüche und Weisheiten“

„Nichtwähler sind auch Wähler“

Sowie von verschiedenen Beiträgen in Fachzeitschriften.



Bonn, im März 2019

Inhaltsverzeichnis

1 Vorwort

2 Das politische System: eine Kritische Würdigung

2.1 Vorbemerkung

2.2 Haben wir eine Scheindemokratie?

2.2.1 Vorbemerkung

2.2.2 Leitmotiv: Durch das Volk und für das Volk

2.2.3 Eigeninteressen der politischen Klasse

2.2.4 Misstrauen gegenüber den politischen Eliten

2.2.5 Angst vor der direkten Demokratie

2.2.6 „Kleine Fürsten“-Strukturen und ihre Konsequenzen

2.2.7 Parteiendemokratie - Nein danke?

2.2.8 Reale Mitwirkung des Bürgers

2.2.9 Ausblick

2.3 Haben wir überhaupt Volksparteien?

2.3.1 Vorbemerkung

2.3.2 Die Grundprobleme

2.3.3 Volksparteien im Angesicht von Globalisierung und Anti-System-Bewegungen

2.3.4 Zehn Hauptfehler der heutigen „Volksparteien“

2.4 Personal der Volksparteien

2.5 Sind die heutigen „Volksparteien“ überhaupt volksnah?

2.6 Fazit

2.7 Ausblick

2.8 Sind Politiker „Diener des Staates“?

2.8.1 Vorbemerkung

2.8.2 Volksdiener?

2.8.3 Entmündigung des Volkes? (Herrschen vs. dienen)

2.8.4 Staat und Verwaltung „im Griff der Parteien“

2.8.5 Narrenfreiheit der Politikfinanzierung

2.8.6 Einfluss der Verbände

2.8.7 Berufspolitik als Karriere

2.8.8 Fazit

2.8.9 Ausblick

2.9 Die Angepassten

2.9.1 Vorbemerkung

2.9.2 Kaderbildung statt Erfahrungen sammeln

2.9.3 Die ausgezeichneten Jugendorganisationen

2.9.4 Treibhäuser für die Aufzucht von Funktionären

2.9.5 Geheime Schulungen der Parteieliten

2.9.6 Lobbyisten als Politikberater und umgekehrt

2.9.7 Cliques und Claqueurs bestimmen die politischen Eliten

2.9.8 Behinderte dürfen bei der Wahl 2017 nicht wählen

2.9.9 Fazit

2.9.10 Ausblick

2.10 Die Mitgliederentwicklung der Parteien und ihre soziale Zusammensetzung

2.10.1 Vorbemerkung

2.10.2 Mitgliederentwicklung

2.11 Soziale Zusammensetzung

2.11.1 CDU

2.11.2 CSU

2.11.3 SPD

2.11.4 Die Grünen

2.11.5 Die Linken

2.12 Die Parteien und die Wähler

2.13 Die Parteien und ihre Funktionäre

2.14 Wer kennt die Programme der Parteien?

3 Die CDU im Saarland

4 Annegret Kramp-Karrenbauer

5 Hat AKK mit der Bilanz der CDU nichts zu tun?

6 Wahl von AKK zur CDU Vorsitzenden

6.1 Vorbemerkung

6.2 Die Negation der Politiker

6.2.1 Paul Ziemiak

6.2.2 Jens Spahn

7 Spaltung der CDU

8 Niederlage der Konservativen

9 Weiter so!

10 Probleme der CDU

11 Nie wieder CDU

12 Das Saarland

13 Das Saarland in Zahlen und Fakten

13.1 Demografie - Zahlen und Fakten

13.2 Wirtschaft - Zahlen und Fakten

13.3 Finanzen - Zahlen und Fakten

13.4 Politik, Justiz und Soziales – Zahlen und Fakten

13.5 Infrastruktur, Verkehr und Wohnen-Zahlen und Fakten

13.6 Energie, Umwelt und Wetter - Zahlen und Fakten

13.7 Bildung und Freizeit- Zahlen und Fakten

13.8 Gesamtfazit und Beurteilung

14 Bilanz der CDU seit 2005 und der Zustand Deutschlands

14.1 Vorbemerkung

14.2 Allgemeine Bilanz Deutschland 2005 - 2018

14.2.1 Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes

14.2.2 Arbeit

14.2.3 Die 10 größten Insolvenzen seit 2005

14.2.4 Das Analphabetentum

14.2.5 Die Obdachlosigkeit

14.2.6 Die private Überschuldung

14.2.7 Exportüberschüsse

14.2.8 Investitionsstau

14.2.9 Kosten der Militäreinsätze

14.2.10 Soziales

14.2.11 Armut in der Bevölkerung

14.2.12 Investitionsbedarf bei Pflegeheimen

14.2.13 Renten und Rentenentwicklung

14.2.14 Reichtum

14.2.15 Innere Sicherheit

14.2.16 Äußere Sicherheit

14.2.17 Infrastruktur

14.2.18 Ausbildung

14.2.19 Forschung

14.2.20 Migration und Bevölkerungsentwicklung

14.3 Skandale

14.3.1 Banken Krisen

14.3.2 Automobilindustrie

14.3.3 Pharma- und Chemieskandale

14.3.4 Lebensmittelindustrie

14.4 Der Zustand Deutschlands

14.4.1 Vorbemerkung

14.4.2 Wirtschaftspolitik

14.4.3 Steuerpolitik

14.4.4 Sozialpolitik

14.4.5 Innere Sicherheit/Justiz

14.4.6 Europapolitik

14.4.7 Gesundheitspolitik

14.4.8 Verteidigung

14.4.9 Energiepolitik

14.4.10 Geopolitik

14.4.11 Migration

14.4.12 Forschung

14.4.13 Umweltpolitik

14.4.14 Verbraucherschutz

14.4.15 Familienpolitik

14.4.16 Rente und Altersversorgung

14.4.17 Fazit

15 AKK: Die Falsche Frau, zum falschen Zeitpunkt, an der falschen Stelle

16 AKK, Merkel, CDU/CSU: Sargträger der Demokratie

17 AKK, Merkel, CDU/CSU im Vergleich zum Politbüro der SED oder die Vererbung der Kanzlerschaft

18 Plädoyer zum Boykott der CDU/CSU

19 AKK, Merkel, Deutschland und Europa

19.1 Netto Vermögen in Europa

19.2 Sind die Deutschen Europa-fähig?

19.3 Europa als Absatzmarkt

19.4 Nicht abgeschlossene formale Friedensverträge

19.5 Entwicklungen in Europa

19.5.1 Die Teilung Europas in zwei Einflusszonen

19.5.2 Die Staatsverschuldung und das Verhalten Deutschlands

18.5.3 Der Brexit und seine Folgen

19.6 Merkel oder die Zerstörerinnen von Europa

19.7 AKK - die angebliche Europäerin

19.8 Deutschland erwacht, wenn zu spät ist!?

19.9 Fazit: Und sie haben nichts gelernt

20 Die Manipulierer

20.1 Vorbemerkung

20.2 Medienmanipulation

20.3 Wer sind die Manipulierer?

20.3.1 Journalisten

20.3.2 Verlage und Eigentümer

20.3.3 Zum Kunden und der Werbewirtschaft

20.4 Maßnahmen gegen die Manipulationen

20.5 Meinungsumfragen und Wahlforschungsinstitute

20.5.1 Was sind Meinungsumfragen und Meinungsforschung?

20.5.2 Probleme und Kritik bei der Meinungsforschung

20.5.3 Zuverlässigkeit der Umfragen zur Bundestagswahl 2017

20.5.4 Das schwierige Geschäft mit der Umfrage

20.5.5 Wahlforschung, Forsa u.a. Institute

20.5.6 Die sozialen Medien und ihre Macht

20.6 Einfluss der Social Media auf Staaten

20.7 Die Konsequenzen

20.8 Neutralität?

20.9 Die Manipulierer?

20.10 Fazit

21 Wes Brot ich ess, des Lied ich sing

22 Höchste Priorität: Bürgerkritik abwehren!

23 Volksverdummung und Indoktrination als Prinzip!

24 Der Bürger ist nur am Wahltag wichtig

***25 ARD und ZDF als Instrumente der staatlichen
Volksverdummung***

26 Fazit

27 Epilog

28 Literaturverzeichnis

28.1 Entwicklung des politischen Systems

28.2 AKK

28.3 Bilanz CDU-Merkel

28.4 Das Saarland

28.5 Allgemeines

28.6 Die Manipulierer

1 Vorwort

Der Autor hat sich entschlossen, ein Buch über Annegret Kamp-Karrenbauer (kurz AKK) zu schreiben, denn die bisherigen Veröffentlichungen über AKK durch befreundete Journalisten sind größtenteils lediglich als unreflektiertes Loblied zu bezeichnen. Als Beispiel hierfür lässt sich das Buch „Ich kann, ich will und ich werde“ von Kristina Dunz und Eva Quadbeck nennen. In den Werken wurden weder ihre Leistungen bewertet, noch die Tatsache, dass AKK außer ihrer Parteikarriere (oder besser gesagt ihrem Werdegang als Parteifunktionärin) keine weiteren Erfahrungen oder Tätigkeiten vorweisen kann.

Der Autor hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Leistungen von AKK im Saarland zu bewerten. Die acht Jahre, in denen AKK die Führung des Saarlands hatte, wurde ebenfalls in Relation zu der Entwicklung der anderen Bundesländer gesetzt und bewertet. In Bezug auf AKK ranken sich offene Fragen und ihre Leistungen stellen nicht gerade eine Empfehlung für ihre Bewerbung als Parteivorsitzende dar.

Viel schlimmer ist jedoch, dass die Leistungen der CDU für Deutschland in den letzten 70 Jahren erhebliche Probleme mit sich brachten, die nun auch in dem Mentoring von AKK durch Angela Merkel sichtbar werden. Da AKK seit knapp 35 Jahren bei der CDU und seit den letzten 11 Jahren in der Führungsspitze ist, so ist sie auch mitverantwortlich für die von Angela Merkel hinterlassenen Probleme.

Hinzu kommt, dass Angela Merkel sie auf diesen Posten direkt und indirekt gehievt hat. Der Autor möchte in diesem Buch nicht die Person diffamieren, vielmehr eine objektivere Darstellung der Leistungen, die sie erbracht hat, darstellen. Es geht nicht darum, ob sie arrogant, gut

oder schlecht oder die Nette von nebenan ist, vielmehr geht es darum welche Fähigkeiten sie hat und welche Leistungen sie erbringt.

Es geht vor allem darum aufzuzeigen, dass das heutige politische System in Deutschland derartige „Karrieren“ erst möglich macht. Dieser Aspekt wird im Folgenden ausführlich und unter Bezug auf AKK beschrieben. Der Autor versichert, dass er nicht auf Informationen aus seinen beruflichen Erfahrungen zugegriffen hat, sondern sich lediglich auf öffentlich zugängliche Quellen bezieht.

2 Das politische System: eine Kritische Würdigung

2.1 Vorbemerkung

Bei der Betrachtung des politischen Systems in Deutschland hat der Autor sehr schnell festgestellt, dass das System der indirekten Demokratie zwar sehr viele Vorteile hat, leider aber auch gewisse Nachteile birgt, die letztendlich ihren Niederschlag in der Schwerfälligkeit der politischen Abstimmungsprozesse finden. Diese Schwerfälligkeit ist in der heutigen Zeit jedoch mit erheblichen Kosten verbunden, die zunehmend nicht mehr dargestellt werden können.

Die Väter des Grundgesetzes wollten im Prinzip die Rechtsstaatlichkeit in Deutschland wiederherstellen und haben de facto ein System mit Primat des Rechtes geschaffen. Im Prinzip ist dies auch richtig, jedoch sind die Regulierungswut der Abgeordneten - sei es im Bundestag oder im Landtag - sowie die starren Ausführungsbestimmungen der Gesetze ein Grund dafür, dass der Bürger sich überfordert fühlt. Selbst Bürger mit akademischen Abschlüssen sind nicht in der Lage, verschiedene Gesetze und ihre Vorzüge nachzuvollziehen. So ein Staatssystem erschwert jedoch die Reaktionsfähigkeit des Staates und ist zudem kostenintensiv. Diese beiden Eigenschaften stoßen auf die ständige Evolution der Welt. Damit verbunden ist, dass Deutschland mögliche Rückschritte innerhalb der Weltgemeinschaft zu ertragen hat. Es ist daher notwendig, Verfassung und Gesetze periodisch zu bearbeiten, mögliche Gesetze nur auf Zeit zu beschließen und mit einem automatischen Verfallsdatum zu versehen sowie die Sprache der Gesetze zu vereinfachen, sodass jedermann sie lesen und verstehen kann.

2.2 Haben wir eine Scheindemokratie?

2.2.1 Vorbemerkung

Der Autor hat sich mit dieser Frage sehr intensiv beschäftigt und fand trotzdem keine richtig befriedigende Antwort darauf. Betrachtet man das Grundgesetz und die Entwicklung der politischen Klasse, so muss man feststellen, dass die politische Klasse und die Gesetze dem Volk schlicht misstrauen. Im Gegenzug ist ein steigendes Misstrauen der Bevölkerung gegenüber „denen da oben“ (die politische Klasse und politische Eliten sowie die Presse) zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist gefährlich und kann die Grundlage der Demokratie für lange Zeit zerstören. Wenn gleichzeitig Mahner und Kritiker des Zustandes diffamiert werden, so muss die Frage nach dem Zustand der Demokratie gestellt werden.

2.2.2 Leitmotiv: Durch das Volk und für das Volk

Versteht man Demokratie richtig, so muss man glauben, dass die politischen Entscheidungen, die ein Parlament und eine Regierung treffen, durch das Volk gewollt und auf das Wohl des Volkes ausgerichtet sind. Betrachtet man dies genau, so muss man feststellen, dass das Volk äußert wenig Einflussmöglichkeiten auf das Zustandekommen des Parlaments hat. Die Parteien stellen von ihnen gewählte Parteifunktionäre auf, die gewählt oder nicht gewählt werden. Über die Auswahl dieser Parteifunktionäre hat das normale Volk keinerlei Entscheidungsmöglichkeit, lediglich Parteimitglieder haben die Möglichkeit über den Weg der Abgeordneten und Funktionäre zu entscheiden. In diesen Parteigremien, selbst auf lokaler Ebene, spielen sehr oft die Regeln der fairen Demokratie keine Rolle, sondern eher eine Art „Klüngelei“. Insoweit ist die Mitwirkung des Einzelnen äußerst beschränkt.

Dem gegenüber steht der Lobbyismus, das heißt die Vertretungen von Industrie und Wirtschaft. Diese bekommen eine immer wichtigere Rolle beim Zustandekommen von Gesetzen und Vorschriften. Der Lobbyismus oder die Einflussnahme zum Wohl dieser Organisationen hat sich insoweit perfektioniert, als dass manche der Bundestags-/Landtagsabgeordneten Mitarbeiter von großen Konzernen oder Verbänden sind. Insoweit ist die Einflussmöglichkeit des Einzelnen noch eingeschränkter. Der Einzelne kann sich nicht ohne die Mitwirkung in einer Partei zur Wahl stellen. Insoweit haben Parteien die Monopolstellung im politischen Betrieb. Zur Erinnerung: in keiner Stelle des Grundgesetzes steht etwas über die Möglichkeit der Übermacht und Beherrschung des politischen Betriebs durch Parteien. Insoweit ist nach Ansicht des Autors das Leitmotiv „durch das Volk und für das Volk“ im heutigen politischen Betrieb Deutschlands verfehlt.

2.2.3 Eigeninteressen der politischen Klasse

Der Begriff der politischen Klasse ist genau definiert und zwar als „Jene, die durch den politischen Betrieb ihren Lebensunterhalt bestreiten“. Insoweit ist im Laufe der Jahre der Beruf des Politikers entstanden, das heißt es sind jene, die gezwungenermaßen im politischen Betrieb arbeiten müssen. Von einfachen Stadtabgeordneten bis Bundestagsabgeordneten, sie alle verbindet das Festhalten an der Organisation der Parteien und dass sie sich insoweit an die opportunistische Führung der Partei richten sollen. Dieser Zustand schafft Abhängigkeiten und damit wird ein Netz von Gleichgesinnten mit einem einzigen Interesse geschaffen. Ziel dieses Netzes ist nicht das Wohl des Volkes, sondern lediglich, um jeden Preis die Wiederwahl zu ermöglichen. Die Wiederwahl sollte man mit einem Minimaleinsatz an Mitteln erreichen. Damit ist gesagt, dass die Nennung von gesellschaftlichen Problemen und deren Lösung, die oft mit unpopulären Maßnahmen möglich ist, Tabuthemen sind. Dadurch

werden Probleme in die Zukunft verlagert und die Wiederwahl gesichert.

2.2.4 Misstrauen gegenüber den politischen Eliten

Für die politische Klasse gilt: Immer eine kurzfristige Sicht der Probleme und deren Lösungen haben, da sie angeblich zu viele Problem zu lösen hätten. Die Wahrheit besteht jedoch darin, dass sehr wenig Politiker Visionen und Konzepte für die Entwicklung der Gesellschaft haben. Insbesondere in den letzten dreizehn Jahren hat sich die politische Ebene mehr oder weniger durch Lavieren ausgezeichnet. So werden notwendige Diskussionen in der Gesellschaft abgewürgt und zeitnahe Lösungen vermieden.

Zudem versucht die politische Elite, sehr schwierige Zusammenhänge nicht zu erklären und begründet dies damit, dass sie grundsätzlich zu schwierig für den Durchschnittsverband seien. Dies ist jedoch nicht die Meinung des Autors, denn für ihn stellt diese Aussage nichts anderes als eine Schutzbehauptung dar.

Das Misstrauen der politischen Elite gegenüber dem Volk liegt in der Mittelmäßigkeit der politischen Elite. Es sind nicht die besten Köpfe, die die politische Elite bilden, sondern, laut maßgeblicher Kritik, die skrupellosesten. Es geht um die stetige Infragestellung der Fähigkeiten des Gegners, nicht mehr um das Ringen um die besseren Lösungsansätze, sondern häufig um persönliche Diffamierungen. Daher ist für den größten Teil der Bevölkerung das politische Geschäft ein schmutziges Geschäft. Diesen negativen Ruf der politischen Klasse hat die politische Klasse selbst zu verantworten, denn sie operiert mit Lügen, Teillügen, Inkompetenz und Schauspielkunst. Der Wähler möchte gerne, dass die politische Klasse vorbildliche moralische Ansätze hat, dies kann die politische Klasse und insbesondere die jetzige politische Klasse aber nicht leisten. Die Gefahr liegt darin, dass

das Aufkommen von charismatischen Persönlichkeiten die Demokratie zerbrechen lassen kann.

2.2.5 Angst vor der direkten Demokratie

Angesprochen auf Elemente der direkten Demokratie, hat die deutsche politische Elite sowie ihre Claqueure (ein Teil der Medien) Angst vor demokratischen Elementen gefördert, indem sie stets auf das Hochkommen von Hitler hinweisen. Diese Angst vor der direkten Volksbeteiligung kann der Autor nicht verstehen. Sie sind nach seiner Ansicht die Konsequenz davon, dass das Volk sehr schnell merkt, wie unqualifiziert der größte Teil der politischen Elite ist. Indem die Mitglieder der Elite jedoch Elemente der direkten Demokratie verweigern, verstärken sie das Aufkommen von autokratischen Bewegungen. Dies ist in ganz Europa und in den USA der Fall. Das Aufkommen solcher Bewegungen ist jedoch ein direktes Ergebnis des Handelns der jetzigen Parteiendemokratie. Die Leute sind unzufrieden mit sehr vielen Zuständen und Entwicklungen in der Gesellschaft, können jedoch wenig ändern, denn der Konsens aller Parteien im Bundestag verhindert die reale Veränderung. Was bleibt für den entschlossenen Wähler übrig, sich autokratischen Bewegungen, die mit einfacher Lösung daherkommen, anzuschließen oder extreme Parteien zu wählen. Die jetzige Parteiendemokratie wird, sollten diese autokratischen Bewegungen demokratische Mehrheiten erlangen, die Hauptursache sein. Es ist daher unabdingbar, Elemente der direkten Demokratie zu ermöglichen, um „den Druck vom Kessel wegzunehmen“.

2.2.6 „Kleine Fürsten“-Strukturen und ihre Konsequenzen

Die Idee eine dezentrale Organisation der Bundesrepublik zu errichten war in sich gut, jedoch führte die Umsetzung zur Kleinstaaterei und „Kleine Fürsten“-Denken. Zudem ermöglicht dieses föderale System zwar eine Gegenposition zu der Bundesregierung, hat jedoch auch

erhebliche Schwachpunkte. Folgende Schwerpunkte sind hinderlich für eine vernünftige Entwicklung Deutschlands:

- a) die Länderhoheit bei der Schul- und Hochschulbildung
- b) die Hoheit bei der Justiz
- c) die Hoheit bei der Polizei
- d) das Bestimmungsrecht über Teile des Gesundheitswesens
- e) die föderale Wirtschaftsförderung
- f) die Kulturverwaltung auf Länderebene

Betrachtet man diese Punkte, so muss man feststellen, dass jedes Land eine eigene, in sich abgestimmte Politik durchführt. Somit können durchaus erhebliche Unterschiede in der Entwicklung der einzelnen Länder entstehen, wie zum Beispiel der Aufstieg von Ländern wie Bayern sowie der Niedergang und damit die Länderverschuldung der Stadtstaaten, des bevölkerungsreichsten Bundeslandes Deutschlands Nordrhein-Westfalen und der Aufstieg von Hessen. Betrachtet man die Qualifikation und die Schulabschlüsse in verschiedenen Bundesländern, so wird man feststellen, dass politische Vorgaben hinsichtlich der Benotung von Schülern und Studenten eine Verfälschung der Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen zur Folge haben. Betrachtet man außerdem die innere Sicherheit, so muss man feststellen, dass sowohl die objektive, als auch die subjektive Sicherheit in manchen Ländern, die von der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen regiert wurden, erheblich schlechter ist als zum Beispiel in Bayern. Betrachtet man die Wirtschaftsentwicklung, so muss man feststellen, dass die südlichen Länder wie Baden-Württemberg, Hessen, Bayern und gegebenenfalls Sachsen viel besser dastehen als Nordrhein-Westfalen, Berlin, Niedersachsen oder Bremen. Betrachtet man den Zustand von Krankenhäusern und die Ärztedichte, so muss man feststellen, dass erhebliche Unterschiede zwischen den Stadtstaaten und den Flächenstaaten vorhanden sind. Dies stellt lediglich einen Auszug aus der Wahrnehmung des Zustandes dar.

2.2.7 Parteiendemokratie - Nein danke?

Demokratie setzt nicht voraus, dass der Einzelne über Parteienverbände politisch mitwirkt. Das Problem der Parteiendemokratie stellt das Misstrauen der politischen Elite gegen das Volk dar. Sie sprechen der Bevölkerung das Verständnis und die Fähigkeiten ab, mehr oder weniger schwierige Zusammenhänge zu erfassen. Dies stellt in den Augen des Autors die größte Fehlentwicklung der politischen Elite dar, denn in der Geschichte zeigt sich, dass das subjektive Empfinden der größten Teile der Bevölkerung besser ist als die logische Analyse von manchem politischen Profi.

Wie stellt sich für einen Außenstehenden diese Parteiendemokratie dar? Zuerst muss man in eine wie auch immer geartete Organisation hinein; diese Organisation wünscht und erzwingt ein gewisses Verhaltensmuster und selbstständiges kritisches Denken ist nicht erwünscht, denn es könnte der Partei schaden. Innerhalb der Parteiorganisation muss man sich gegen legale und illegale Machenschaften wehren und gehört man zu der Führung der Partei muss man fürchten, dass man jederzeit Opfer einer politischen Intrige wird. Angekommen in gewissen Führungsebenen kann man in den seltensten Fällen seine „richtige Meinung“ äußern, sich mehr denn je einer Partearaison unterordnen und stets auf der Hut vor Intrigen sein. Selbst wenn man ganz oben angekommen ist, so muss man stets die Wünsche von Lobbyisten berücksichtigen. Als Fazit bleibt von den ursprünglichen Illusionen und vor allem der Illusion etwas zu ändern nichts mehr übrig.

Für Wähler stellt sich die Parteiendemokratie als ein vorgegebenes Angebot dar, mit angeblichen Lösungen zu Problemen, die erstmal nur für den Wahlkampf gelten. Auf die Auswahl des Personals hat der einzelne Bürger keinerlei Einflussmöglichkeit. Nach der Wahl werden die versprochenen Lösungsansätze sehr schnell einkassiert, denn es gilt Koalitionsmöglichkeiten zu finden. So werden die versprochenen

Angebote nicht realisiert. Dadurch fühlt sich der Wähler betrogen. Lehnt man diesen Ablauf der Demokratie ab, so darf man ehrlicherweise auch nicht mehr wählen. Es ist ein Irrglauben zu denken, dass die Parteien selbst Interesse an realen demokratischen Abläufen haben. Die Parteien und die jetzige politische Elite und ihre Claqueure werden alles daransetzen, dass dieser Zustand dauerhaft ist.

2.2.8 Reale Mitwirkung des Bürgers

Betrachtet man die reale Mitwirkung des Bürgers, so muss man zu der niederschmetternden Erkenntnis kommen, dass der einzelne Bürger keinerlei reale Mitwirkung am politischen Betrieb hat. Seine einzige theoretische Einwirkungsmöglichkeit besteht darin, nicht wählen zu gehen oder Extreme zu wählen. Nicht wählen zu gehen ist auf Dauer keine Lösung, denn die Mitwirkung des Bürgers ist eine Voraussetzung zur Änderung der Situation. Extrem- oder Protestwählen zu gehen könnte eine scheinbare Lösung sein, wenn die Konsequenzen nicht so verheerend wären.

Bedenkt man, dass das Aufkommen von autokratischen Bewegungen inflationäre Ausmaße in Europa angenommen hat, so muss man das Schlimmste in Europa fürchten. Es gibt jedoch auch die Meinung, dass man durch solche Schockbehandlungen die Gesellschaft ändern kann und dass die politische Klasse endlich wahrnimmt, dass ein „immer weiter so“ zu einer politischen Katastrophe führen kann.

Jeder Einzelne muss für sich entscheiden, ob er auf Dauer diesen Zustand ertragen kann oder nicht.

Bei der Betrachtung einer Scheindemokratie muss folgendes festgelegt werden: welche Kriterien bestimmen autokratische politische Systeme? Folgende autokratische politische Systeme gibt es in Europa: PiS in Polen, Fidesz in Ungarn, Nationalistische Partei in Tschechien sowie Slowakei und Slowenien, Front National in Frankreich, der flämische

Block in Belgien, Wilders in Holland, die UKP in England, die AKP in der Türkei und außerhalb von Europa die Trump Bewegung in den USA.

So haben alle diese Parteibewegungen folgende Charakteristika vorzuweisen:

- Sie kommen durch die Mitte der Gesellschaft legal an die Macht.
- Sie dauern einen sehr langen Zeitraum an.
- Sie verändern die Medienlandschaft.
- Sie verändern die kritische Meinung.
- Bei Rücktritt hinterlassen sie eine katastrophale politische wirtschaftliche Bilanz.
- Sie spalten die Gesellschaft.

Bezieht man diese Punkte auf die Ära Merkel, so muss man feststellen, dass alle fünf Punkte auf diese Ära zutreffen. Damit soll nicht gesagt werden, dass Merkel die Journalisten ins Gefängnis bringt oder die Presse verunglimpft; Merkel hat mit der Führung der Presse und den Medien ein stilles Abkommen geschaffen, das sie vor Kritik schützt. Betrachtet man zudem den Umstand, dass Merkel durch politische Intrigen (der Putsch Merkels gegenüber Kohl) an die Macht gekommen ist und sich durch die systematische Entledigung ihrer internen Parteiwidersacher die unangefochtene Parteiherrschaft gesichert hat, so darf man sich nicht wundern, dass sie zusammen mit einer kleinen Clique alles daransetzt, an der Macht zu bleiben. Unter der biedereren Erscheinung der „Bürgerin von Nebenan“ ist Merkel eine eiskalte Politikerin, die ohne jegliche Rücksicht ihre Machtposition erweitert. Dies gilt sowohl in Deutschland als auch in Europa.

Bedenkt man, dass ein Wahlkampf mit einem einzigen Slogan, nämlich im Tenor von „Ihr kennt mich, ich bin eine von euch“, ohne jegliche Sachthemen durchgeführt wird, so wird man sehr stark an autokratische Politiker während ihres Wahlkampfes erinnert, wie zum Beispiel Orban oder Trump. Dass sie bereits dreizehn Jahre Kanzlerin

ist und noch vier weitere Jahre anstrebt, stellt manche Ära von Autokraten in den Schatten

2.2.9 Ausblick

Als Ausblick ist festzustellen, dass nicht durchgeführte politische Reformen mittel- und langfristig den Zerfall von grundlegenden Elementen der Demokratie bewirken: der sogenannten “traditionellen Parteien”. Dies ist zurzeit der Fall in Frankreich, wo seit 40 Jahren die politischen Parteien links und rechts (Konservative und Sozialisten) wechselten, mit dem gleichen Effekt, den wir heutzutage in Deutschland betrachten. Die Zersplitterung dieser Parteien in mehrere kleine Parteien stellt für die Demokratie in Frankreich einen sehr ernsten Prüfstein dar. Dem gegenüber stiegen die Popularität und die Zustimmung der extremen rechten und linken Parteien in einem noch nie gekannten Ausmaß an.

Die Stimmung der Bevölkerung wurde selbstverständlich von den etablierten Meinungsforschern und Meinungsmachern (Medien, Zeitungen) falsch eingeschätzt, beziehungsweise wurde von den Medien die Rolle der Claqueure gespielt. Dies ist analog der heutige Zustand der Medien in Deutschland.

Das Versagen der politischen Parteien in Deutschland, der Bevölkerung die direkte Demokratie zugänglich zu machen, wird sich rächen. Der Autor ist weder ein Pessimist noch ein Katastrophenvorherseher. Wenn man aber die Gesellschaft ohne sogenannte Meinungsforscher zu berücksichtigen betrachtet, muss man feststellen, dass der größte Teil der Bevölkerung Merkel und ihr System leid ist.

Die Beschimpfungen von Merkel und der Presse müssen in der politischen Klasse als Alarm wahrgenommen werden. Dies wird jedoch angesichts einer geglaubten Alternativlosigkeit zu Merkel abgetan.

2.3 Haben wir überhaupt Volksparteien?

2.3.1 Vorbemerkung

Bei der oben genannten Frage hat sich der Autor lange damit befasst, die Faktoren, die mit dieser Frage einhergehen, gründlich zu analysieren. Er ist schließlich zu der Überzeugung gekommen, dass genau analysiert werden muss, ob die heutigen traditionellen Parteien die Kriterien einer „Volkspartei“ erfüllen.

Vertreter dieser Parteien nehmen zu Unrecht an, dass die heutigen Parteien dem Typus einer Volkspartei entsprechen, da sie angeblich eine Schicht der Gesellschaft abbilden. Bei genauer Betrachtung erkennt man jedoch, dass die Volksparteien lediglich einer Clique von Parteifunktionären unterliegen. Insbesondere die Auswahl der Politiker liegt allein in der Macht der Parteifunktionäre, vor allem über die Kandidatenlisten. Keine der großen traditionellen Parteien lässt bei der Auswahl ihrer Kandidaten Außenstehende unberücksichtigt.

2.3.2 Die Grundprobleme

Die heutigen Volksparteien sind sowohl in ihrer Struktur, als auch bei ihren Vertretern durch nicht demokratisch legitimierte Wahlen gekennzeichnet; insbesondere die Auswahl der Listenkandidaten kann in Willkür ausarten. Es gibt zudem verschiedene Wahlkreise mit mehreren Kandidaten der gleichen Partei und das Problem der Nachrücker ist dem Zufall überlassen. Insbesondere die Allmacht der Parteien stellt die Ohnmacht der Bürger dar.

Zu den Grundproblemen gehört die Entscheidung der Politik über die Gestaltung der eigenen Sache, denn insbesondere von der Gestaltung des Wahlrechts ist der mündige Bürger ausgeschlossen. Einen realen Wettbewerb der politischen Ideen gibt es in Deutschland schon lange nicht mehr und insbesondere in den letzten 13 Jahren erst recht nicht. Insoweit hat sich eine reale Entmündigung der Bürger etabliert. Dadurch, dass die politischen Aussagen aller Parteien mehr oder weniger die Gleichen sind und der Wille nach der Wahl stets zu

koalieren immer wichtiger wird, entsteht für den Bürger keine reale Auswahl mehr.

Angesichts dessen, dass innerhalb der Parteien an der in der Partei angelegten Dogmatik kaum Kritik zugelassen wird, werden fundamentalen Rechte des Einzelnen unterdrückt. Dies ist vor allem mit der Steuerung und Vergabe von Geld und Posten in der Parteihierarchie verbunden. Es ist auch sehr schwierig, die Herrschaft der politischen Führung - sei es in der SPD oder in der CDU - kurzfristig und grundlegend zu ändern. Insoweit ist ein demokratischer Prozess nicht mehr gegeben, da der Konsens nur einheitliche Meinungen zulässt.

Die Überhangsmandate stellen weiterhin einen, laut Hans Herbert von Arnim, „verfassungswidrigen Akt“ dar. Das Übergewicht der kleinen Parteien spiegelt nicht den Willen des Volkes wieder und die Mehrheitswahl ist in diesem System auf Dauer ausgeschlossen.

Das Abgeordnetenrecht legt den Status von Politikern fest und unterliegt keinem demokratischen Auswahlverfahren. Die Besoldung der Abgeordneten und die Entwicklung ihrer Bezahlung obliegen dem Bundestag, das heißt die Angestellten bestimmen ihr Einkommen selbst. Dies kann auf Dauer zum Überdruß an der Parteidemokratie führen.

Betrachtet man die Parteimitglieder der Volksparteien, so muss man feststellen, dass die Anzahl der Parteimitglieder stetig abnimmt. Dies wird von der Partielite nicht richtig ernstgenommen oder kleingeredet. Es ist festzuhalten, dass wenn sich diese Parteiorganisationen, Parteifunktionäre und Parteimitglieder nicht ändern, so wird über kurz oder lang eine ähnliche Entwicklung wie in Frankreich auch in Deutschland folgen, das heißt die Erosion und der Zerfall der Parteien. Die Entwicklung der traditionellen Parteien während der französischen Präsidentschaftswahlen im April 2017 müsste eine Lehre für die deutschen Volksparteien sein.

2.3.3 Volksparteien im Angesicht von Globalisierung und Anti-System-Bewegungen

Die deutschen Volksparteien haben angesichts der neoliberalen Globalisierung der Welt keinerlei Antworten auf die berechtigten Ängste der Bevölkerung; die sich teilweise als wirtschaftliche Verlierer und Abgehängte der Globalisierung sehen, oder Identitätsveränderung oder Identitätsverlust fürchten. Im Gegenteil, diese Ängste werden entweder ins Lächerliche gezogen oder als hinnehmbarer Preis für den Wohlstand einer kleinen Minderheit angesehen.

Kritiker und Mahner werden von den Volksparteien und den politischen Parteien, sei es von der SPD, der CDU, von Bündnis 90/ Die Grünen oder den Linken diskreditiert und entweder in eine rechte nationalistische Ecke gestellt oder als inkompetent abgestempelt. Die letzten 13 Jahre haben sich die sogenannten „traditionellen Parteien“ und „Volksparteien“ SPD, CDU, CSU, Bündnis 90/ Die Grünen und die Linke mehr oder weniger zu einem Wählerverein entwickelt, mehr noch, sie haben sich sogar zu Claqueuren der Führungsparteien entwickelt. Kritische Mitglieder der Partei, die sehr oft fähiger als die Führung der Partei selbst sind, wurden von der Parteiführung mehr oder weniger herausgedrängt. Dies trifft im Falle Merkel insbesondere zu, die stets die besseren Widersacher wie zum Beispiel Friedrich Merz, Wolfgang Bosbach oder Roland Koch verdrängt hat. Ein analoges Verhalten hat die SPD zur Erlangung der Regierungsmacht angewandt. Sie hat ihren Kanzlerkandidaten Schröder auf Druck von Müntefering zu Gunsten von Angela Merkel geopfert.

Die letzten 13 Jahre zeigen, dass die Volksparteien angesichts einer zügellosen Entwicklung der Globalisierung nicht mal in einem Satz erkennbare Antworten für das Volk gegeben haben. Dass die Lösung der Lohnfindung „durch den Markt“ folgt, hat lediglich zur Vermehrung von Armut und Prekarität geführt. Die daraus entstandenen Bewegungen von Anti-System Gruppen, wie zum Beispiel die AfD,

wurde durch die traditionellen Parteien lediglich mit einem primitiven Abwehrverhalten gekontert. So wurden kurzerhand alle AfD Anhänger zu Rechtsradikalen erklärt, dabei ist ein Teil der AfD nichts Anderes als ein Teil der enttäuschten SPD-, CDU-, Bündnis 90/ Die Grünen- und Die Linke-Wähler. Trotz dieser Herabschätzung der Wähler hat sich die Anzahl der neuen Mitglieder in den traditionellen Parteien sehr in Grenzen gehalten. Allein die FDP hat sich aufgrund ihrer Verluste eine Reorganisation verordnet, deren Früchte noch abgewartet werden müssen.

Gegen das Aufkommen dieser Anti-System-Bewegungen in ganz Europa - sei es in Polen die PiS, seien es in Holland die Wilders Anhänger, sei es der flämische Block in Belgien, sei es die UKP Bewegung in England, sei es Front National in Frankreich, sei es Fidesz in Ungarn, sei es die Lega Nord oder die MoVimento 5 Stelle in Italien, zum Teil die AfD in Deutschland oder sei es Trump und seine Bewegung außerhalb von Europa - verschließen die „Volksparteien“ die Augen und versuchen dies durch Nichtbeachten zu ignorieren. Dies kann und wird auf Dauer nicht gut gehen. Insbesondere weigern sich die traditionellen Parteien einzusehen, dass die von ihnen durchgeführte Politik, insbesondere der letzten 13 Jahre, die Erzeuger und Geburtshelfer dieser Bewegungen sind.

Die so angeblich traditionellen und Volksparteien haben auf sträfliche Weise die Mitte der Gesellschaft und ihre Sorgen, Erwartungen und Wünsche in den letzten 30 Jahren, aber insbesondere in den letzten 13 Jahren, vernachlässigt und vergessen beziehungsweise nicht oder nur zum Teil berücksichtigt. Die letzten Jahre und insbesondere die Ära Merkel stellen in den Augen vieler politischer Beobachter die Festsetzung eines autokratischen Systems dar, denn der Machterhalt als einziges politisches Programm ist für einen Teil der Bevölkerung unerträglich geworden. Sie fühlen sich durch Merkel und ihren politischen Machterhalt in Geiselhaft genommen. Für viele ist es egal welche Partei man wählt, man hat in den letzten 13 und voraussichtlich